



Barbara Dippelhofer-Stiem

Eltern an der Hochschule

Sozialisatorische Hintergründe,
Erfahrungen und Orientierungen
von Studierenden und Beschäftigten

BELTZ JUVENTA

Leseprobe aus: Dippelhofer-Stiem, Eltern an der Hochschule, ISBN 978-3-7799-2811-9

© 2012 Beltz Juventa Verlag, Weinheim Basel

<http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-2811-9>

Einleitung

Sozialpolitik im Wandel

Das Feld der Sozialpolitik ist schwer einzugrenzen, wenn man es von der Sozialen Arbeit her betrachtet, die sich ja nicht nur mit den biografischen Folgen standardisierter sozialer Risiken, sondern mit multiplen Risiko- und Bewältigungslagen beschäftigt. Natürlich steht bis heute die Institution des Sozialstaats (Wohlfahrtsstaats) im Mittelpunkt der deutschen Sozialpolitik und der meisten europäischen Länder. Da die Soziale Arbeit in ihrer institutionellen und organisatorischen Grundstruktur öffentlich strukturiert und legitimiert ist, bewegt sich sozialpädagogisches Handeln vorrangig in diesem sozialstaatlichen Magnetfeld, das durch historisch wechselnde Auf- und Entladungen gekennzeichnet ist. Die Soziale Arbeit ist also gleichsam als lebendiges Inventar staatlicher Sozialpolitik in ihren Möglichkeiten und Grenzen diesem Spannungsfeld existenziell ausgesetzt.

Der alleinige Blick auf die Staatstätigkeit und die in ihr enthaltenen und vermittelten sozialpolitischen Zuständigkeiten von Kommunen und Verbänden genügt aber nicht, um das reale sozialpolitische Umfeld der Sozialen Arbeit zu erfassen. Denken wir nur an die bürgergesellschaftlichen Aktivitäten oder den zum staatlichen Sektor komplementär aber auch privatwirtschaftlich agierenden Sozial- und Pflegemarkt. In diesem Zusammenhang wird von einem „Wohlfahrtsmix“ gesprochen, in dem sich die Soziale Arbeit vor allem im kommunalen Raum ihre Netzwerke suchen und bilden muss.

Insofern kommt der Sozialen Arbeit die begriffliche Differenzierung von Franz-Xaver Kaufmann (2003) entgegen, der neben dem rechtlichen und ökonomischen Bereich der Sozialpolitik (rechtliche Gleichstellung, Transferleistungen, Lastenausgleich und Sozialausgaben) die Bereiche der sozialen Infrastrukturentwicklung (hier auch soziale Dienste) und der pädagogischen Intervention (Bildung wie Sozialpädagogik) zum sozialpolitischen Aufgabenfeld zählt.

An all diesen begrifflichen Erweiterungen macht sich schon das bemerkbar, was in der neueren Fachdiskussion als „Entgrenzung der Sozialpolitik“ bezeichnet wird (vgl. Köppe/Starke/Leibfried 2011). Solche Entgrenzungen werden nicht nur auf der sektoralen, sondern vor allem auch auf der funktionalen Ebene gesehen. So ist die Sozialpolitik zwar weiterhin durch ihre Kernfunktion der „Vermeidung sozialer Risiken und [...] Kompensation von Marktrisiken“, darin der „Reduzierung von Armut und Un-

gleichheit“ (ebd., S. 1489/1494) und der *sozialen Integration* von sozial benachteiligten Gruppen geprägt. Sie ist somit – modern formuliert – zur *Umverteilungs-* und *Inklusionspolitik* geworden. Erweiterte Funktionen sozialer Integration – zum Beispiel in der Migrations- und Beschäftigungspolitik – werden aber genauso thematisiert. Hier kann die Soziale Arbeit entsprechende Integrationsaufgaben – sozialpädagogische Beschäftigungsförderung, Antirassismus-Projekte – sozialpolitisch verorten und legitimieren.

Während in diesem Entgrenzungsdiskurs noch von einer relativ eigenständigen Stellung der Sozialpolitik im System der Politiken ausgegangen wird, sieht der – über Deutschland hinausgehende – Ökonomisierungsdiskurs die neuere Sozialpolitik eingebunden in die Wachstums-, Beschäftigungs- und Standortpolitik im Spannungsfeld der Globalisierung (vgl. Evers/Heinze 2008). Die damit verbundenen Marktprinzipien des Wettbewerbs und der Effizienz sollen auch die sozialpolitische Sphäre durchdringen und haben inzwischen auch die Schwelle zur Sozialpolitik überschritten. “The welfare state is much more than a safety net; it is justified not simply by any redistributive aims. [...] We need a welfare state of some sort for efficiency reasons, and would continue to do so even if all distributional problems had been solved” (Barr 2004, S. 409).

Nur eine in diesem Sinne *investive* Sozialpolitik könne den Anschluss an die Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung im Zeitalter der Globalisierung sichern. Nun hatte auch schon der Diskurs um die sozialstaatliche Sozialpolitik und Sozialarbeit der 1970er Jahre in Deutschland das Leitbild einer Politik der Sozialinvestitionen, sah die Gestaltung des Sozialen gleichsam als Produktivkraft einer modernen demokratischen Industriegesellschaft. Damals aber sollten die entsprechenden Gestaltungsprinzipien vom sozialen Sektor selbst ausgehen, heute werden sie zunehmend von der Ökonomie bestimmt, „Tendenzen der Vermarktlichung“ haben längst Einzug gehalten (Trampusch 2008, S. 172). Die Befürchtungen, wie sie auch in der Sozialen Arbeit diskutiert werden, lassen sich in drei Punkten zusammenfassen. Eine so verstandene „investive“ Sozialpolitik könnte zur „Handlangerin der Wirtschaftspolitik werden, die in ihrer liberalen Ideologie sich nicht für soziale Fragen öffnet; damit nur einseitig auf Investitionen in Humankapital ausgerichtet und psychosoziale Risiken der Selbstverantwortlichkeit der Betroffenen überlässt“ (Evers 2008, S. 230). Gleichzeitig – und das macht die Ambivalenz der gegenwärtigen Sozialpolitik aus – wird sie in den sozialökonomischen Kern der gesellschaftlichen Entwicklung zurückgeholt, könnten sich – in Verbindung mit bürgergesellschaftlichen Projekten und sozial erweiterten Wachstumsmodellen – „neue Einbettungschancen“ (ebd., S. 239) ergeben (vgl. auch 2.11).

Für die Soziale Arbeit ist aber die Kritik einer *einseitig* ökonomisch orientierten investiven Sozialpolitik deshalb grundlegend, weil diese die lebensweltlichen Beziehungs- und Bewältigungsdimensionen weitgehend ausblendet. Diese Kritik wird so auch im Diskurs zur angelsächsischen So-

zialpolitik forciert (vgl. Jordan 2006). In diesen Dimensionen ist die Soziale Arbeit zu Hause. Das Ausblenden der Beziehungs- und Bewältigungsdimension kann dazu führen, dass die Soziale Arbeit entweder in den Bereich der „unproduktiven Randgruppen“ zurückgedrängt wird oder dass sie sich den Marktprinzipien unterwirft. Das heißt nicht, dass die Soziale Arbeit sich nicht auch sozialinvestiv begreifen kann, denn sie hat ja längst eine soziale Infrastruktur geschaffen und ein Netz von Hilfen zur Bewältigung sozialer Wandlungsprozesse aufgebaut, die nicht nur Randgruppen zu Gute kommen. Aber ihre Hilfen sind primär von der alltäglichen Lebensbewältigung und sozialen Integration her aufgebaut und stehen in entsprechender Spannung zu einer ökonomischen Optimierung des Humankapitals. Diese ist aber auf die Perspektive der Lebensbewältigung angewiesen, auch wenn dies im Diskurs um die investive Sozialpolitik immer wieder übergangen oder stillschweigend vorausgesetzt wird (vgl. 3.2 und 3.3). Die Soziale Arbeit muss also an einer Sozialpolitik interessiert sein, die diese Spannung anerkennt und aufnehmen kann.

Vor diesem Hintergrund ist es uns in dieser Einführung wichtig, historisch und aktuell zu zeigen, dass die moderne sozialstaatliche Sozialpolitik aus diesem Spannungsverhältnis zwischen dem Ökonomischen und Sozialen entstanden ist und sich in diesem Spannungsverhältnis auch weiterentwickeln wird. Deshalb ist es auch kurzfristig, einfach von der „Ökonomisierung der Sozialpolitik“ zu sprechen, da damit übergangen wird, dass es sich hierbei um nichts anderes als eine massive Störung dieser Balance handelt. Es gehört zu den historischen Erfahrungen in der Sozialpolitik, dass es den Ökonomisierungsdruck immer wieder – unterschiedlich stark je nach den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – gab, gleichwohl er heute angesichts einer globalisierten Ökonomie übermächtig erscheint. Aber die internationalen Finanzkrisen der 2010er Jahre zeigen doch, dass eine bewältigungs- und integrationsorientierte Sozialpolitik als Barriere und Gegenwehr gebraucht wird: „Mit der Globalisierung steigt [...] die Nachfrage nach der Ordnungsleistung von Gesellschaft wieder an – sowohl was die Arbeitsteilung als auch Sozialstruktur und Soziokultur betrifft“ (Schwengel 2008, S. 334).

In dieser positiven Kritik einer einseitig sozialinvestiven Sozialpolitik muss die Soziale Arbeit die expliziten wie impliziten Wert- und Normalitätsvorstellungen unter die Lupe nehmen, die in sozialpolitischen Vorgaben enthalten sind, und fragen, welchen Einfluss sie durch Förderung wie Nichtberücksichtigung auf unterschiedliche Lebensentwürfe haben können (vgl. dazu Vobruba 2003). Wenn man Sozialpolitik als System der Ausbalancierung von sozialen Rechten und ökonomischen Vereinnahmungen (heute „welfare und workfare“ bzw. „Fördern und Fordern“) begreift, wird deutlich, wie wichtig es ist, hinter sozialpolitischen Interventionen stehende und entsprechend verdeckte Familien- und Geschlechterbilder, herrschende Definitionen von Arbeit und Beschäftigung, aber auch gesellschaftliche Konstruktionen von Jugend und Alter aufzudecken und kritisch zu gewichten.

Angesichts des hier aufgemachten sozialpolitisch-sozialpädagogischen Spannungsbogens steht wohl außer Frage, dass „die Verquickung mit sozialpolitischen Prozessen“ zum Wesen der Sozialen Arbeit gehört. „Sie muss daher wissenschaftlich analysiert werden, nicht nur auf einer soziologischen Metaebene, sondern als Teil der Methodenreflexion selbst. Gerade wenn diese Dimension nicht berücksichtigt wird, riskiert die Soziale Arbeit zu einem unkritischen Instrument der Sozialpolitik missbraucht zu werden. Methodisch bedeutet diese Blindheit gegenüber sozialpolitischen Fragen immer, dass Menschen in sozialen Notsituationen durch professionelle Interventionen noch stärker in ihrer bürgerrechtlichen Zugehörigkeit zur Gesellschaft geschwächt oder verunsichert werden“ (Lorenz 2011, S. 155). Konzepte Sozialer Arbeit müssen also sozialpolitisch reflexiv entwickelt werden.

Allerdings ist uns aus dem bisher Gesagten deutlich geworden, dass sich die Soziale Arbeit heute nicht mehr auf ihren tradierten sozialstaatlichen Begriffsrahmen verlassen kann. Sie braucht eine *eigene* sozialpolitische Reflexivität. Von daher versucht diese Einführung, das historisch gewordene Wesen des *Sozialpolitischen* zu rekonstruieren und zu durchdringen, um von daher den sozialpolitischen Möglichkeitsraum der Sozialen Arbeit neu thematisieren zu können. In diesem Sinne kann eine Entwicklungslinie von der staatlichen Integration der sozialen Frage, wie sie sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelte, über den Fordismus und den staatlich regulierten Spätkapitalismus des 20. Jahrhunderts bis zum heutigen globalisierten digitalen Kapitalismus aufgezeigt werden. Entlang dieser historischen Linie ist auch der erste Teil dieser Einführung aufgebaut. So sehen wir die institutionalisierte Sozialpolitik in Deutschland als Resultat dieser typischen sozialstaatlichen Vergesellschaftung. Indem wir die Potentiale, aber auch Ambivalenzen des Sozialpolitischen in Beziehung zu den sozialen, ökonomischen und kulturellen Gestaltungsprozessen setzen, schaffen wir eine Grundlage, um die einzelnen Problem- und Konfliktfelder sowie Leistungs- und Interventionssysteme der Sozialpolitik aufzuschlüsseln zu können.

Adalbert Evers und Helga Nowotny haben in ihrer inzwischen klassischen Studie ‚Über den Umgang mit Unsicherheit‘ (1987) vor dem Hintergrund dieses Spannungsverhältnisses unterschiedliche Dimensionen der sozialpolitischen Gestaltbarkeit von Gesellschaft aufgezeigt und dabei insbesondere die soziale Praxis der Menschen im Wechselverhältnis zur Sozialpolitik sichtbar gemacht. Dieser Zugang bringt u.E. auch heute noch der Sozialen Arbeit den ihr entsprechenden sozialpolitischen Erkenntnisgewinn. Wir werden dies in den Konzepten Lebenslage und Bewältigungslage systematisieren. Dahinter aber finden wir immer wieder den dialektischen Zusammenhang von Abhängigkeit und Freiheit, der für die Gestaltungsfrage grundlegend ist, und den Eduard Heimann in seiner ‚Sozialen Theorie des Kapitalismus‘ (1929) zuerst systematisch beschrieben hat. Es ist ver-

blüffend aber begründbar, dass mit den Erkenntnissen zur sozialen Zählung des Kapitalismus, wie sie uns Heimann schon in den 1920er Jahren aufgeschlossen hat, noch heute – auch unter veränderten historischen Bedingungen und in gewandelten Erscheinungsformen – Zugang zum Wesen kapitalistischer Vergesellschaftung und ihrer sozialpolitischen Dimension gefunden werden kann. Nicht ohne Grund durchzieht sein dialektisches Paradigma des *sozialpolitischen Prinzips* unsere Argumentationsführung.

Dieser Grundbaustein sozialpolitischer Erkenntnis erscheint uns deshalb auch angesichts der gegenwärtigen Entwicklungs- und Krisendynamiken des globalisierten Kapitalismus für die nähere Zukunft tragfähig. Auch wenn sich heute der sozialpolitische Diskurs vor allem um die fortschreitende Entgrenzung und Ökonomisierung der Sozialpolitik dreht, so sind die entsprechenden Analysen dazu aber häufig linear und darin undialektisch aufgebaut (vgl. zu Beispielen wie zur Kritik: Evers/Heinze 2008). Dem Ökonomisierungsdruck war die Sozialpolitik in ihrer Entwicklung – eben vor dem Hintergrund des Grundkonflikts zwischen Kapital und Arbeit, Kapitalismus und sozialer Idee – schon immer ausgesetzt, die sozialpolitische Balance war nie richtig gesichert. Heute scheint sie fast aus den Fugen geraten zu sein. Die Parole „Wirtschaftspolitik schlägt Sozialpolitik“ (Wasner 2008) hat längst die Runde gemacht. Dennoch haben gerade die letzten Jahre gezeigt, wie gesellschaftlich existenziell die sozialstaatliche Sozialpolitik als Barriere und Ausgleichsmechanismus ist. Dass sie angesichts der gegenwärtigen Dominanz einer international getriebenen Wirtschaftspolitik nur reaktiv und nicht sozial gestaltend wirken kann, ist gerade für die Soziale Arbeit prekär. Deshalb ist es aber umso notwendiger, im Sinne eines dialektischen Verständnisses des Sozialpolitischen auf jene – gleichwohl zur Zeit verschütteten – sozialen Entwicklungsmöglichkeiten zu setzen, die auch in Zukunft aus der Logik des sozialpolitischen Prinzips heraus freigesetzt werden.

Aber auch von den Menschen wird es Druck geben. Es ist in der sozialstaatskritischen Literatur häufig übergangen worden, dass – vor allem in Deutschland – das wohlfahrtsstaatliche Sicherungssystem eine hohe Akzeptanz aufweist, auch wenn die Akzeptanz der Sozialhilfe niedriger ist als die der Kranken- und Altersversicherung (vgl. dazu Ullrich 2005). Ausgangspunkt der sozialpolitischen Diskussion in der Sozialen Arbeit werden auch in Zukunft die Menschen sein, mit denen sie es zu tun haben wird und von denen immer mehr auf die sozialstaatliche Grundsicherung angewiesen sein werden. Und gerade dies kann die Forderung nach einer Sozialpolitik stark machen, die an der alltäglichen Lebensbewältigung orientiert ist: Die Wahlen der letzten Jahre und die entsprechenden Reaktionen der Politik in Deutschland „zeigten, wie der Wohlfahrtsstaat selbst ein mächtiges Wählervotum zu seinem Erhalt geschaffen hat. Über die Jahre entstand – von der politischen Klasse nahezu unbemerkt – eine strukturelle Wählermehrheit, deren Leistungserwartung an die kollektiven sozialen Sicherungssys-

teme ungebrochen ist oder sogar zunimmt. Sie ist deutlich größer als das politische Lager der Befürworter eines auf Leistungskürzungen zielenden sozialpolitischen Reformkurses“ (Czada 2008). Diesen Trend wird die demografische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte noch verstärken. In der Sozialen Arbeit wurde diese Perspektive bisher kaum diskutiert. Wenn sie für sich ihre sozialpolitische Kraft nutzen will, darf sie aber nicht länger ihre Adressatinnen und Adressaten als von ihr abhängige KlientInnen, sondern muss sie als BürgerInnen sehen, respektieren und befähigen können.

Der Aufbau des vorliegenden Buches in sechs Hauptteilen spiegelt die sozialpädagogisch inspirierten Zugänge zur Sozialpolitik wider. Im ersten Teil erfolgt die historisch theoretische Grundlegung, in der die Entwicklungsformen des Sozialen im Spannungsverhältnis zur kapitalistischen Ökonomie und staatlichen Regulierung aufgeschlossen werden. Im zweiten Teil wird das institutionelle Resultat dieser Prozesse, die Netzwerke der Sozialen Sicherung und der Sozialen Dienste, in die die Soziale Arbeit eingebettet ist und der Sozialstaat mit seinem Leitbild sozialer Gerechtigkeit, zum Thema gemacht. Im dritten, methodologischen Teil dieser Einführung geht es um die „Brückenkonzepte“ Lebenslage und Bewältigungslage, mit denen die makrosoziale Adressatenperspektive der Sozialpolitik und die lebensweltliche Adressatenorientierung der Sozialen Arbeit aufeinander bezogen werden können. Der vierte Teil thematisiert, wie Arbeit und Armut als Kernprobleme der Sozialpolitik in ihrem Wandel in die Soziale Arbeit hineinreichen. Im fünften Teil werden die unterschiedlichen Sozialpolitiken – Familien-, Gesundheits-, Jugend-, Bildungs-, Alten- und Migrationspolitik – aus der sozialpädagogischen Bewältigungsperspektive heraus beleuchtet. Im letzten Teil schließlich fragen wir, welche Bedeutung übergreifende Diskurse wie die zur Bürgergesellschaft, zu den Sozialen Bewegungen und zur europäischen und transnationalen Sozialpolitik für die sozialpolitische Reflexivität der Sozialen Arbeit haben können.

Kapitel 1

Historische Grundlinien der Sozialpolitik

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts befand sich die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung am Scheideweg. Während die programm- und parteiorientierten Organisationsspitzen weiter an der Perspektive der Überwindung des kapitalistischen Systems festhielten, suchten Gewerkschaftler in der lokalen Wirklichkeit der Betriebe nach Wegen der konkreten Umgestaltung der kapitalistischen Arbeitswelt und Teilhabe der Arbeiter an einer menschengerechteren Entwicklung der Produktionsbedingungen. Dem marxistischen Glauben an die Geschichtsnotwendigkeit des Unterganges des Kapitalismus stand die Hoffnung auf konkrete Verbesserungen der Arbeits- und Lebenssituation der proletarischen Bevölkerung gegenüber. Während die einen jeden Schritt der betrieblichen Reform als Verlängerung der Ausbeutung und Unterdrückung werteten, sahen die anderen in der Verbesserung der proletarischen Lebensbedingungen die Chance auf mehr Freiheit als Voraussetzung für die Einflussnahme auf die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Sozialpolitik und Sozialwissenschaft um 1900

In das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts fällt auch der Beginn der systematischen wissenschaftlichen Fundierung der Sozialpolitik in Deutschland. Werner Sombart, einer der Begründer der wissenschaftlichen Sozialpolitik, wollte den Begriff „Sozialpolitik“ vor allem auf „Maßnahmen“ angewendet wissen, „die auf die Gestaltung der ‚sozialen Ordnung‘ sich erstrecken“ (1904, S. 10). Sombarts Thesen sind darum von Bedeutung, da sie eine grundlegende Wende in der sozialpolitischen Theoriebildung markieren. Seitdem am Ende des 19. Jahrhunderts junge Sozialwissenschaftler wie er und natürlich auch Max Weber die marxsche Gesellschaftsanalyse produktiv und kritisch zum Anlass nahmen, die Sozialpolitik auf die Grundlage einer differenzierten Betrachtung von Wirtschaft und Gesellschaft zu stellen, ist deutlich geworden, dass sowohl die wirtschaftliche als auch die sozialkulturelle Entwicklung in der industriekapitalistischen Moderne von einer regulierenden Sozialpolitik abhängig ist, dieser bedarf. Sombart setzte seine Hoffnung noch auf ein Wirtschafts- und Sozialsystem, durch das die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung miteinander versöhnt werden sollte. Gleichzeitig erkannte er die Arbeiterbewegung als jene soziale Bewegung an, deren Ziele und Aufgaben aus den Widersprüchen der industriekapitalistischen Gesellschaft erwachsen. Die Arbeiterbewegung war für ihn *das* Modellbeispiel für soziale Integrationsprozesse im Spannungsfeld von Wirtschaft und Gesellschaft.

Diese zentrale Idee der Wechselwirkung von Wirtschaft und Gesellschaft wurde nicht nur in nationalökonomischen, sondern auch in kulturtheoretischen und geistesgeschichtlichen Untersuchungen thematisiert und begründet. Hier ist vor allem Max Webers Studie „Die protestantische Ethik und der ‚Geist‘ des Kapitalismus“ (1905) zu nennen. Weber betonte darin, dass die Durchsetzung des kapitalistischen Geistes sich wesentlich „dornenvoller“ vollzogen habe, als die „Theoretiker des Überbaues“ annahmen und fragte nach dem ethischen und kulturellen Unterbau des Kapitalismus (Weber 1905, S. 23).

Die „reformistische“ Linie in der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat sich dann im zwanzigsten Jahrhundert durchgesetzt. Damit knüpfte die deutsche Gewerkschaftsdiskussion auch an die englische Argumentationslinie der „Fabian Socialists“ an: Erst die Schaffung sozialer Rechte und sozialer Hintergrundicherheit erbringt die Voraussetzungen und Spielräume für die soziale Gestaltung der Gesellschaft von den so von der Existenznot befreiten Menschen her. In diesem Prozess wurde Armut zunehmend weniger „als schicksalhafter Ausfluß ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und/oder individuelle Schuld“ begriffen, sondern als ein „soziales Übel“ betrachtet, „das kollektiven gesellschaftlichen Interventionen zugänglich ist“. „Die kulturelle Integration und das Verblässen der revolutionären Option, schließlich die Aufgabe des Bildes von der Determiniertheit des Arbeiterschicksals im Kapitalismus – all dies bedeutete nicht so etwas wie die Stillsetzung des sozialpolitischen Konflikts. Im Gegenteil, kulturelle Konvergenz, soziale Einbindung und sozialpolitische Konfliktfähigkeit bedingten einander. Denn in den entwickelten sozialen Auseinandersetzungen wurde nun nicht mehr in den Begriffen einer ‚ärmlichen‘ Andersartigkeit ein allgemein-moralisches ‚Menschrecht‘ eingeklagt, sondern es wurden nun in den Begriffen des ‚weniger von‘ und der geringeren/verweigeren ‚Teilhabe an‘ historisch definierten sozialen und kulturellen Gütern, Werten, Rechten eine Fülle konkreter Dinge in aller Schärfe erst real verhandelbar und sichtbar“ (Evers/Nowotny 1987, S. 161).

In diesem Kontext ergaben sich über den Staat und die sozialen Bewegungen, in erster Linie die Arbeiterbewegung, überraschende soziale Durchdringungen und Umstrukturierungen der modernen industriekapitalistischen Gesellschaft und damit historisch neue Qualitäten der Vergesellschaftung. Ausdruck dieser sozialen Verwandlung des Kapitalismus – die seine historische Form, nicht aber sein asoziales Wesen verändert hat – ist die moderne Sozialpolitik. Der damit behauptete Zusammenhang von sozialer Sicherheit und sozialer Gestaltung steht bis heute – immer wieder kontrovers diskutiert – im Zentrum der Auseinandersetzungen um das sozialstaatlich zu gewährende Ausmaß der Leistungen sozialer Sicherheit.

1.1 Sozialpolitik als Ergebnis industriekapitalistischer Vergesellschaftung – Eduard Heimanns „soziale Theorie des Kapitalismus“

Dass das Ökonomische und das Soziale trotz ihrer unüberbrückbaren Widersprüchlichkeit im Sozialpolitischen historisch zusammenspielen konnten und mussten, liegt nach Eduard Heimanns (1929) dialektischem Verständnis von Sozialpolitik vor allem darin begründet, dass der Kapitalismus auf den Einbau des Sozialen angewiesen war. Wollte er historisch überleben, sein immanentes Ziel der Wachstums- und Profitsteigerung erreichen und sich zu diesem Zwecke modernisieren, war er auf das Soziale angewiesen. Und umgekehrt konnte sich das Soziale über die Produktiv- und Wachstumskräfte des Kapitalismus in der gesellschaftlichen Gegenwart – ohne Vertröstung auf eine radikale Utopie – entfalten und zum gesellschaftlichen Strukturprinzip werden: „Sozialpolitik ist eine Summe von Maßregeln zum Schutz und zur Förderung des arbeitenden Menschen, den die Güterordnung als eine Sache unter Sachen behandelt. Kapitalismus ist aber – hinter und unter jedem bloß rationalen Zwecksinn – Kapitalherrschaft und enthüllt sich als solche besonders in der rational so störenden Monopolgipfelung; Sozialpolitik ist Abbau der Herrschaft zugunsten der Beherrschten. Sozialpolitik ist also der Einbau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft und Sachgüterordnung; es ist die Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus. In der Doppelstellung der Sozialpolitik als Fremdkörper und zugleich als Bestandteil im kapitalistischen System liegt ihre eigentümliche Bedeutung; darin ihre Dynamik, darin ihre dialektische Paradoxie und theoretische Problematik, welche schon als solche für ein undialektisches Denken unerkennbar ist. Das undialektische Denken bricht hier, wie stets, das dialektisch Zusammengehörige auseinander und wirft von der einen Seite her der Sozialpolitik vor, sie zerstöre von innen her das kapitalistische System, das doch erhalten bleiben müsste; sie sei ein Gift, welches ausgestoßen werden müsse; während von der anderen Seite her geklagt wird, dass die Sozialpolitik innerhalb des Kapitalismus, also unter Bewahrung des Kapitalismus, dasjenige kümmerlich zu leisten versuche, das nur auf seinen Trümmern voll geleistet werden könne“ (Heimann 1980, S. 167f.).

In der Vergesellschaftung der ‚sozialen Idee‘ im entwickelten Kapitalismus wurden erst die materiellen Voraussetzungen für eine technisch-ökonomisch moderne und nach Demokratisierung drängende Industriegesellschaft geschaffen. Die Sozialpolitik ist zugleich Resultante und Antrieb dieses dialektischen Zusammenspiels. Sozialpolitik ist somit nicht nur eine institutionelle Form (‚Teilpolitik‘), sondern *Strukturprinzip* der industriekapitalistischen Moderne.

Wenn wir von diesem abstrahierenden Modell auf die historische Wirklichkeit der Industrialisierung und Entwicklung des Kapitalismus im letzten

Drittel des 19. Jahrhunderts in Deutschland rekurrieren – darauf bezieht sich Heimanns Modell –, können wir unschwer die Linienführung hin zu dieser Dialektik erkennen. Wir sehen sie in der Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung, wie die Gleichzeitigkeit von antikapitalistischem Kampf und Entwicklung von Arbeits- und Betriebsidentitäten zu sozialen Durchdringungen und Veränderungen der kapitalistischen Unternehmen führt.

Zentral an Heimanns Modell ist, dass er die Modernisierung des Kapitalismus hin zum sozial gebundenen Kapitalismus als strukturelle Gleichzeitigkeit von ökonomischer Notwendigkeit und sozialem Gestaltungswillen des Menschen erkannt hat. Er fasst diese Zusammenhänge in ihrer strukturellen Logik wie folgt zusammen: „Die soziale Idee entspringt aus dem wirtschaftlich-sozialen Boden des Kapitalismus [der Kapitalismus bringt den Arbeiter hervor], sie nimmt in der sozialen Bewegung Gestalt an und setzt sich mit wirtschaftlich-sozialen Mitteln [Forderungen, in denen ökonomische Notwendigkeiten und soziale Ansprüche konvergieren] im Kapitalismus und gegen den Kapitalismus durch. Weil sie auf dem Boden des Kapitalismus entspringt und wächst, weil sie also durch ihre bloße Existenz im Kapitalismus steht, [der Kapitalismus ist auf ein sich stetig verbesserndes Humankapital angewiesen] darum kann sie ihre wachsenden Forderungen in wachsendem Maße durchsetzen. [...] Was man auf diese Weise bewahrt, das ist nicht der Kapitalismus; es ist fortschreitend weniger Kapitalismus, je öfter der Vorgang sich wiederholt. Denn aus dem willkürlichen Herrschaftsbereich des freien Kapitals – und das ist doch der Kapitalismus – holt die Sozialpolitik die Menschen heraus und setzt sie in ihren eigenen Freiheits- und Machtbereich ein; da das aber nicht außerhalb der bisher vom Kapitalismus geordneten Wirtschafts- und Sozialwelt geschieht, so bestätigt sich die Sozialpolitik als ein Einbruch in den Kapitalismus.“ (Heimann 1980, S. 171 f.)

Der Kapitalismus – so das Modell – ist also zum Zwecke seiner Modernisierung (im Sinne der Verbesserung der Verwertungsbedingung des Kapitals und damit der Profitsteigerung) auf die Entwicklung und Qualifizierung des Humankapitals angewiesen. Dies ist wiederum nur als soziale Erweiterung möglich: Es sind die Menschen und nicht nur ihre abrufbaren funktionalen Fähigkeiten, die sich entwickeln und erweitern müssen, um in die neuen Produktionsanforderungen hineinzuwachsen. Damit kommt eine Erweiterung als Humanisierung über die soziale Idee notwendig in den Kapitalismus hinein und entfaltet – auch abseits der reinen ökonomischen Funktion – seine soziale und politische Eigenkraft im Resultat der Sozialpolitik.

Heimann beschreibt dabei nur das dialektische Strukturprinzip der Sozialpolitik, hat aber keine eigene Staatstheorie. Er war genossenschaftlich orientiert, dachte das sozialpolitische Prinzip von den sozialen Bewegungen her, aus der Selbsthilfe heraus verwirklicht und billigte dem Staat nur Selbsthilfe fördernde und gewährleistende sozialpolitische Funktionen zu. So modern diese Idee der ‚Sozialpolitik von unten‘ heute angesichts eines